

DIE LINKE. *im Rat*

Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal

Nr. 26 · November 2012

Linienkürzungen im ÖPNV

An den Bedürfnissen der KundInnen vorbeigeplant

Nachdem die Ratsmehrheit die sogenannte Optimierung des Leistungsangebots der WSW mobil in der Ratssitzung im September zugestimmt hatte, wurde für viele KundInnen des ÖPNV klar, was unter „Optimierung“ zu verstehen ist, nämlich das Gegenteil: Linienkürzungen und -ausdünnungen mit Konsequenzen für die NutzerInnen. Dem stimmte die Ratsfraktion DIE LINKE nicht zu.

Die Linienkürzungen wurden ohne breite Diskussion aller Beteiligten/Betroffenen durchgesetzt, so dass sich erst im Nachhinein stärkerer Widerstand gegen die Maßnahmen bilden konnte. Zur Hauptausschusssitzung im November lagen sechs sogenannte Bürgeranträge gegen die Einschränkungen vor, die teilweise von mehr als 1000 Betroffenen unterzeichnet wurden. Aber nachdem bereits der Verkehrsausschuss gegen die Stimme der LINKEN der Verwaltungsvorlage, den Anträgen nicht zu entsprechen, zugestimmt hatte, änderte sich in der Hauptausschusssitzung daran nichts:

Anders als die SPD-Fraktion bleibt die Fraktion DIE LINKE auch weiterhin bei ihrer klaren Ablehnung der sogenannten Leistungsanpassung und unterstützte die Bürgeranträge. Die SPD versucht in ihrer Pressemitteilung, die KritikerInnen damit zu beruhigen, dass sie erwartet, dass die Forderungen der BürgerInnen von den WSW geprüft würden. Wir werden dann im nächsten Jahr sehen, ob dies geschehen wird.

Es ist aber eher zu befürchten, dass diese Einschränkungen nur der Anfang weiterer Kürzungen im ÖPNV sein werden. ●



Diese bange Frage hört frau/man in der letzten Zeit häufig an den Haltestellen in unserer Stadt. Denn viele Busse fallen einfach aus. Obwohl die Kürzungen im Leistungsangebot des ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) erst im Frühjahr nächsten Jahres wirksam werden sollen. Der Grund: der hohe Krankenstand bei den BusfahrerInnen. Grassiert eine Epidemie? Nicht bei den KundInnen, aber offensichtlich bei den BusfahrerInnen.

So sollen zeitweise 120 der ca. 750 BusfahrerInnen wegen Krankheit nicht zum Dienst gekommen sein. Die 15 „Springer“, die kurzfristig Linien erkrankter Kollegen übernehmen, reichten nicht aus, um die dadurch entstandenen Engpässe aufzufangen.

Sind die BusfahrerInnen schuld?

Ein hoher Krankenstand in einem Unternehmen ist ein untrügliches Indiz dafür, dass die Arbeitsbedingungen, das Arbeitsklima und/oder die Bezahlung der Beschäftigten nicht in Ordnung sind. So auch bei den Tochterunternehmen

der WSW, der VSG und der VGW (vormals Gerda Klingenuß). Dieser Tochterunternehmen bedient sich die WSW mobil, um die FahrerInnen schlechter bezahlen zu können.

Harry Gohr, LINKE-Ratsherr in Velbert, der bis vor sechs Jahren selbst Busfahrer bei den WSW war und überdies 21 Jahre dem Betriebsrat dort angehörte, zur WAZ: „Seit der ÖPNV in verschiedene Tochterunternehmen liberalisiert wurde, verdienen die Busfahrer mindestens 1.000 Euro weniger als früher. Hinzu kommt, dass sie bis zu 14 Stunden im Dienst sein können, aber nur noch bezahlt werden, wenn sie auch tatsächlich fahren.“ Da passiere es, dass man im Verstärkungsverkehr morgens und mittags eingesetzt werde und dazwischen unbezahlte Wartezeit habe. Auch er kennt aus seiner aktiven Zeit Probleme mit den hohen Krankenständen: „Im Busbereich wird immer am Limit gefahren, zehn Prozent Ausfall sind da normal.“ Auch warum heute kaum noch jemand den Beruf des Busfahrers ergreifen will, kann er sich vorstellen: „Die verdienen bei einer 38,5-Stunden-Woche brutto um die 1.800 Euro.“

Ungleiche Bezahlung – ein Ärgernis

Um diese schlechte Bezahlung vor mehr als zehn Jahren durchsetzen zu können, musste man den Altbeschäftigten einen Besitzstand einräumen. So kann es sein, dass ein „alter WSW-ler“ bis zu 1.000 Euro mehr im Monat bekommt als sein

Fortsetzung auf Seite 2



Strompreiserhöhung – NEIN DANKE!

Sind die WSW noch „Unsere Stadt – unsere Stadtwerke“? Die Unternehmenspolitik wird offenbar mehr und mehr in der GdF/Suez-Konzernzentrale gemacht. Erst im Mai wurden die Strompreise um fast 3% erhöht, und jetzt ist noch eine zweistellige Erhöhung angekündigt. Die Gründe für die Preiserhöhung liegen in der verfehlten Strategie einer Geschäftsführung, die erst einmal für die eigene Tasche vorsorgt (siehe dazu den Artikel über die WSW-Linienstreichungen).

Die Strompreiserhöhung wird einen Familienhaushalt zusätzlich mit 75 bis 100 Euro pro Jahr belasten. Die Energiearmut wird dadurch verschärft. Haushalte von Rentnern, Niedriglöhnern, Leute mit alten Elektrogeräten wird es besonders treffen. DIE LINKE im Rat lehnt diese Preiserhöhung ab und fordert endlich die Einführung eines Sozialtarifs. ●

OB Jung und die
VIP-Karten

S. 2/3

Rückblick Armin T. Wegner S. 4

Fortsetzung von Seite 1

Kollege vom Tochterunternehmen – obwohl sie denselben Bus fahren. Das Unternehmen kann gut mit dieser Regelung leben. Die Alten scheiden nach und nach aus, und bald kann man alle Beschäftigten zum schlechten Tarif entlohnen. Mittlerweile sind die Tochterunternehmen VSG und VGW zum Lohndrücken entbehrlich – seit 2012 werden auch bei der WSW mobil Neuanfänger nur noch zum schlechten Tarif TV-N eingestellt.

Gute Arbeit – guter Lohn

Durch „Liberalisierung“, Deregulierung und Privatisierung gerät die öffentliche Daseinsvorsorge immer stärker unter Druck. Die Forderung nach Eigenwirtschaftlichkeit und Verringerung der öffentlichen Zuschüsse, insbesondere für den Nahverkehr, haben dazu geführt, dass die Preise für die KundInnen gestiegen, die Leistungen aber wie Streckennetz, Taktung, Komfort und Pünktlichkeit eindeutig gesunken sind.

Als weiteres Einsparpotenzial haben die Verantwortlichen die im ÖPNV Beschäftigten ausgemacht. Schlechte Bezahlung, niedrige soziale Standards, Stress und hohe Arbeitsverdichtung aufgrund von Personalknappheit sind an der Tagesordnung. Die Anforderungen, die BusfahrerInnen in unserer Stadt erfüllen müssen, sind wegen der engen und topografisch schwierigen Stadtlandschaft Wuppertals außerordentlich hoch. Auch tragen sie eine hohe Verantwortung für das Wohl der Fahrgäste. Aus diesen Gründen ist es unverantwortlich, diese Beschäftigten so gering zu entlohnen, dass sie ohne Überstunden und Nebenjobs kaum über die Runden kommen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass es trotz des „Sparzwangs“ möglich war, die Bezüge der Vorstände der WSW deutlich zu erhöhen.

Privatisierung führt zu Verlusten

In der Vergangenheit, als die WSW noch zu 100% in kommunalem Besitz waren, konnte das Defizit der Verkehrssparte durch die Gewinne des Versorgungssektors ausgeglichen werden. Seit Jahren geht ein Drittel des Gewinns der Versorgung (Energie und Wasser) wegen der Teilprivatisierung an die Privaten, zur Zeit an den Megakonzern GdF Suez. Diesen Aderlass sollen nun die Beschäftigten und die KundInnen ausbaden. Das darf nicht sein!

Aus Sicht der LINKEN ist der ÖPNV aber vor allem ein Instrument kommunaler Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Er soll die Mobilität für Alle gewährleisten und nicht Gewinne einfahren. Ein gut ausgebauter, verlässlicher ÖPNV, der auch von finanziell Schwachen genutzt werden kann, stärkt die soziale Teilhabe und die Umwelt. Für uns ist selbstverständlich, dass das nur mit ausreichender Personalstärke und guter Bezahlung für die dort Beschäftigten zu erreichen ist. ●



Gerd-Peter Zielezinski

Elektromobilität – eine Mogelpackung!?

Immer öfter hört man in letzter Zeit – vor allem nach der Katastrophe von Fukushima – auch das Schlagwort von der Elektromobilität.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Energiewende soll der Eindruck erweckt werden, dass die Elektromobilität eine echte und saubere Alternative zum Klimakiller CO₂ darstellt.

Und so gab es im Umweltausschuss in letzter Zeit des öfteren Diskussionen über die Möglichkeiten, auch in Wuppertal etwas gegen die zunehmende Luftverschmutzung zu unternehmen. Besonders die FDP fühlte sich hier berufen, mit Anträgen und Debatten stärker auf Elektro-Antriebe bei Fahrzeugen zu setzen. Dafür sollten vor allem im öffentlichen Bereich von den Stadtwerken Elektro-Tankstellen installiert werden, wo man dann Energie „auftanken“ könne.

Im Hinblick z. B. auf die Förderung von Elektro-Fahrrädern wäre das ja ein guter Anfang. Hat doch in letzter Zeit die Zahl der E-Bikes in Wuppertal enorm zugenommen. Viele Menschen haben wieder das Fahrradfahren neu entdeckt, seit die z. T. enormen Steigungen in Wuppertal mit Unterstützung eines Elektromotors auch für ältere und behinderte Menschen kein unüberwindbares Problem mehr darstellen.

Aber das meinen diese Apologeten der Elektromobilität nicht vorrangig. Aus ihren Anträgen geht hervor, dass sie in erster Linie Elektro-Autos fördern wollen, weil sie nämlich nur den Individualverkehr und dort die Senkung der CO₂-Emissionen im Kopf haben.

Der Vertreter der LINKEN im Umweltausschuss, Jürgen Köster, hielt dann der FDP auch ironisch vor, dass sie dann ja ganz stolz darauf sein dürfe, wenn jeder ein Elektroauto statt

eines benzin- oder dieselbetriebenen PKW fährt und keine Luftverschmutzung mehr verursacht. Er wird dann eben „umweltfreundlich“ im Stau stehen!

Köster forderte dazu auf, die Elektromobilität komplexer zu betrachten. So könnte z. B. der ÖPNV noch stärker auf E-Mobilität ausgerichtet werden. Gute Beispiele hierfür gibt es ja genug: das S-Bahn-System, die Wuppertaler Schwebbahn, die Solinger O-Busse. Hier können viel mehr Personen umweltfreundlich transportiert werden als in einem PKW, in dem im Durchschnitt nur 1,1 Passagiere sitzen!

Aber, „die Politik“ setzt weiterhin auf den Individualverkehr. So ist auch zu verstehen, dass kürzlich Kanzlerin Merkel in einem Gespräch mit den Automobil-Bossen diese ermutigte, mehr Elektro-Autos zu bauen.

Nur: die Autoindustrie hat offenbar keine große Lust, umweltfreundlichere Autos zu bauen. VW, Mercedes, BMW, Opel & Co. setzen weiter auf Spritfresser!

DIE LINKE fordert daher:

Elektromobilität ja – aber hier muss die Förderung öffentlicher Verkehrsmittel absoluten Vorrang haben! Und im Zeichen einer wirklichen Energiewende kommt es auch darauf an, dass der Strom für diese Verkehrsmittel aus regenerativer Energieerzeugung kommt und nicht von Atom- oder Kohlekraftwerken, deren Probleme hinsichtlich Sicherheit und Luftverschmutzung ja hinlänglich bekannt sind. ●

Unser Mitglied im Umweltausschuss



Letzte Meldung: Die VIP-Karten und der OB

Seit Ende September versucht die Ratsfraktion DIE LINKE, vom Oberbürgermeister konkrete Antworten zu seiner Nutzung von WSV-VIP-Karten zu erhalten. Der Oberbürgermeister ließ durch das Rechtsamt mitteilen, dass es die Beantwortung unserer Fragen für „entbehrlich“ hält. Dieses Vorgehen findet bei der Ratsfraktion DIE LINKE kein Verständnis. Sie hat daher zur Ratssitzung am 12. November 2012 den Antrag eingebracht, dass der Rat der Stadt den Oberbürgermeister auffordert, sich konkret zu den Fragen zu erklären. Die Ratsmehrheit aber hat es abgelehnt, sich mit diesem Punkt zu befassen.

Theater um das Theater

Aus für das Sprechtheater

Der Stärkungspakt zeigt weitere harte Auswirkungen: Nun werden die Bühnen abgewickelt. Ebenso „alternativlos“ wie seinerzeit die Ausgründung in viele GmbHs, so ist heute die Zusammenlegung der Bühnen- und der Orchester-GmbH „alternativlos“ (SPD). Erkennbar ist eine eindeutige Reihenfolge der Wertschätzung: Das Tanztheater bleibt von Streichungen verschont. Ebenso das Orchester. Das Sprechtheater steht ganz unten. Sein Haus auf dem ehemaligen Kulturforum an der Kluse wird entgegen einem früheren Ratsbeschluss von CDUSPD nicht renoviert. Stattdessen wird ein „Magazinegebäude“ (SPD), nichts anderes als eine leereräumte Lagerhalle des Museums für Frühindustrialisierung, zu einer kleinen Bühne mit 160 Plätzen hergerichtet.

Die Begründung ist absurd: Weil die Zuschauerzahlen gesunken sind, wird der Intendant hinauskomplimentiert und das Platzangebot verringert. Der wahre Grund ist einfach: 400.000 Euro Verwaltungskosten kürzen. Zusätzlich sollen Oper und Schauspiel mit einem um 2 Millionen niedrigeren Betriebskostenzuschuss auskommen, der nur vorübergehend und nur teilweise von privaten Geldgebern ausgeglichen wird.

Der Orchesterchef Kamioka wird zusätzlich mit der Opernintendanz betraut, ohne dass seine Qualifikation für Regiearbeit und

Verwaltungsfunktionen bekannt wäre. Kamioka hat das große Los gezogen. Denn auch wenn die Ziele des Stärkungspaktes nicht erreicht und weitere Kürzungen bei den Bühnen erzwungen werden, läuft sein Vertrag bis 2021.

Kamioka war in Saarbrücken bei Publikum und Musikern ähnlich beliebt wie in Wuppertal. Doch sein Vertrag dort lief aus, und ob eine Verlängerung möglich war, kann bezweifelt werden. „So läuft beispielsweise das Gerücht, die Chemie zwischen (seiner dortigen Theaterchefin) Schlingmann und Generalmusikdirektor Toshiyuki Kamioka stimme genauso wenig wie die mit Ballettchefin“, meldete die Saarbrücker Zeitung am 13. Januar 2012. Wir sind auf die Höhe seines Gehaltes gespannt.

Die Ratsfraktion DIE LINKE in Wuppertal lehnt sowohl die Fusion in der jetzigen Form ab als auch die Bestellung von Prof. Kamioka zum Intendanten. Einer Neubestellung zuzustimmen heißt, die derzeitigen Intendanten für ungeeignet zu erklären. Dazu besteht kein Anlass. In den Überlegungen zur Neuausrichtung des Theaters findet sich z.B. der Satz: „Die



künstlerische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Veränderungen ist erforderlich und erwünscht.“ Nichts anderes haben die derzeitigen Spartenleiter gemacht; sie haben die Themen, die eine Migrationsgesellschaft mit sich bringt, auf die Bühne gebracht. „Griechische Passion“, „Das Goldene Vlies“, „Nazim“ sind nur einige Titel. Die Bühnen sind ein Medium der Selbstreflexion der Stadtgesellschaft und nicht Pracht- und Machtdarstellung eines Sonnenkönigs wie zu Zeiten Racines und Lullys. In Wuppertal aber machen SPDCDU den Oberbürgermeister zum Chef der Findungskommission für den neuen Schauspielintendanten. ●

Bernhard Sander



Auch der OB hat WSV-VIP-Karten genutzt

OB verweigert Aussage

Viel wurde während der letzten Wochen darüber geschrieben dass der frühere Fraktionsvorsitzende der CDU Fraktion im Rat, Bernhard Simon, kostenfreie Karten zum Besuch von Fußballspielen des WSV erhalten hat. Wenig bekannt aber wurde, dass Herr Simon über seinen Anwalt hat erklären lassen: Solche Karten wurden seit Jahren über das städtische Sportamt an die Fraktionen versandt. Tatsache ist, dass nur noch die CDU-Fraktion solche Karten erhielt, da andere Fraktionen schon seit Jahren kein Interesse mehr daran zeigten. Dieser Sachverhalt wurde auch vom Presseamt bestätigt. Noch peinlicher aber war die Erklärung von Simons Anwalt, dass bei solchen Fußballspielen mehrfach auch der Oberbürgermeister Jung in einer „Ehrenloge“ gesessen hat. Auf unsere Nachfrage erklärte Herr Oberbürgermeister, in den Jahren 2010 und 2011 bei drei Spielen in Wuppertal im Stadion gewesen zu sein. **Danach hatten wir allerdings nicht gefragt. Auf unsere Frage ob er in der Vergangenheit eine VIP-Karte benutzt hat, schweigt er bis heute beharrlich. Seine Erklärung: Das Stadion ist eine städtische Einrichtung, die er als „Hausherr“ sowieso besuchen darf. Hingegen gehen offenbar nach Ansicht des OB Stadtverordnete nur zu ihrem Vergnügen zu Fußballspielen und anderen Veranstaltungen, zu denen sie eingeladen werden.**

DIE LINKE im Rat ist verwundert. „Hausherrren“ – um das zweifelhafte Wort einmal zu benutzen – dürfen in „ihrem Haus“ die Technik überprüfen und sehen, ob alles ordentlich renoviert wurde. Aber die Qualität von Fußballspielen zu betrachten, gehört eigentlich nicht zur „Hausherrren“-Pflicht!

Noch interessanter: **Der Oberbürgermeister teilte mit, auch er habe im Jahr 2012 eine „Ehrenlogenkarte“ (oder eine VIP-Karte? So genau weiß das keiner.) erhalten.** Diese will er im August 2012 an den WSV zurückgeschickt haben. Frage an Radio Eriwan: Hat der Oberbürgermeister im Jahr 2012 erstmals eine solche Dauerkarte erhalten oder schon in den Vorjahren? Warum hat er in den Debatten um den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden seiner Partei nicht erklärt, „ich habe auch eine solche Karte erhalten“? Weitere Nachfragen von uns beantwortete er nicht mehr, auch die nicht, ob dieses Zitat aus der Pressemitteilung von Herrn Simons Anwalt zutrifft: „Derartige Karten wurden auch in den vergangenen Jahren von Herrn Simon und Anderen, wie aber auch durch den OB genutzt, so dass Diesen das Vorhandensein der Karten ohne Weiteres bekannt war, zumal Herr Simon und der OB sehr häufig nebeneinander im Stadion in der Ehrenloge saßen.“ Allerdings ließ er durch das Rechtsamt der Stadt mittei-

len, dass er „weitere Ausführungen zu diesem Thema ... für entbehrlich halte“.

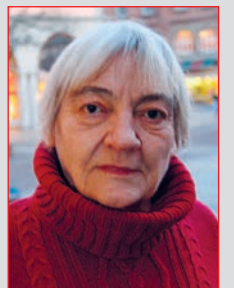
OB Jung bleibt allerdings dabei: Er als „Hausherr“ darf jederzeit ins Stadion, und zwar nicht nur, um die Qualität der Abwasserleitungen zu testen, sondern auch um Fußballspiele zu begutachten.

Für den Oberbürgermeister ist also das Ansehen eines Fußballspiels harte Arbeit, für seinen Partei-Kollegen hingegen nicht. Es drängt sich uns der Eindruck auf: Die CDU-Fraktion will Simon unbedingt los werden und hat nicht gemerkt, dass ihr Oberbürgermeister letztlich vom gleichen Tellerchen gegessen hat wie der ungeliebte Herr Simon.

„Quod licet Jovi non licet bovi“? Was Jupiter erlaubt ist, ist dem Rind(vieh) noch lange nicht erlaubt. So weit, so schlecht.

Ein Gutes hat die ganze Sache: Die Ehrenordnung für Stadtverordnete wird jetzt genauer abgefasst, damit alle Stadtverordneten wissen, was sich gehört. ●

Elisabeth August



Rückblick

Armin T. Wegner (16. 10. 1886–17. 5. 1978)

Schriftsteller und Pazifist

Eher zufällig wurde Armin T(heophil) Wegner vor 126 Jahren in Elberfeld geboren. Sein Vater hatte wechselnde Dienststellen, und so zog Wegner bald nach der Geburt von Elberfeld fort. Sein Abitur legte er in Striegau (heute Polen) ab, und nach dem Jurastudium promovierte er in Breslau mit einer Dissertation „Der Streik im Strafrecht“.

Wegner meldete sich im 1. Weltkrieg als Kriegsfreiwilliger zum Sanitäter. Seine Erlebnisse machten ihn, wie so viele Intellektuelle seiner Generation (Ludwig Renn, Otto Pan- kok, Martin Niemöller u.a.), zum radikalen Pazifisten. Er erlebte und dokumentierte die gewaltsame Verfolgung und Austreibung der Armenier durch das Osmanische Reich.

1919 wurde Wegner Mitbegründer des Bundes der Kriegsdienstgegner. Nach einer Reise in die Sowjetunion zusammen mit Johannes R. Becher wurde er 1928 Mitglied der KPD. Er war bis 1933 ein berühmter und preisgekrönter Schriftsteller. Seine Reportagen, Reisebücher, Gedichte und Romane waren sehr populär.

In einem gedruckten Gespräch sagte Wegner Anfang 1933, die alleinige Lösung der menschlichen und gesellschaftlichen Probleme liege in

einer „sozialistischen Zukunftsgemeinschaft der Erde“. Seine Werke wurden von einem anderen in Elberfeld geborenen Schriftsteller, Walter Bloem (1868–1951), 1931 mit folgenden Worten gewertet: Es „schade der nationalen Volksseele“ und sei von Grund auf „zerstörerisch, volksfremd, destruktiv, schädlich“. Auch das Wort vom „Kulturbolschewismus“ fiel. Bloem unterzeichnete im Oktober 1933 zusammen mit weiteren 87 Schriftstellern eine Ergebenheitsadresse an Hitler und trat 1938 der NSDAP bei.

Anders Wegner: Im April 1933 schrieb er einen langen Brief an Hitler, in dem er diesen aufforderte, die nach dem Pogrom am 1. April 1933 judenfeindlichen Maßnahmen zu untersagen. Der Brief ist naiv und blauäugig, aber Wegner wurde verhaftet und durch drei KZs geschleppt (Börgermoor, Lichtenburg, Oranienburg).

Ende Dezember überraschend entlassen, ging Wegner über England nach Italien ins Exil, wo er sich unter falschem Namen an der Universität Padua als Lektor durchschlug. 1978 starb er in Rom.

1961 erhielt Wegner den von-der-Heydt-Preis der Stadt Wuppertal. Wegners Nachlass befin-

Armin-T.-Wegner-Platz

Dr. Armin Theophil Wegner (1886–1978)
Dichter aus Elberfeld, verfolgter Humanist
Eduard von der Heydt-Preisträger der Stadt Wuppertal



det sich zum Teil im Deutschen Literatur-Archiv in Marbach, z.T. jedoch in der Stadtbibliothek Wuppertal, die auch ein Armin-T.-Wegner-Zimmer eingerichtet hat.

Wuppertal ist auch Sitz der 2002 gegründeten Wegner-Gesellschaft (www.armin-t-wegner.de).

Lit.: Johanna Wernicke-Rothmayer (Hg.): Armin T. Wegner. Schriftsteller, Reisender, Menschenrechtsaktivist. Göttingen 2011 – Der Brief an Hitler ist vollständig abgedruckt in: Ruth Dirx (Hg.): Von Friedrich Engels bis Heinrich Böll. Respektlose Stimmen aus dem Wuppertal. Wuppertal 1968



Dass IKEA ein Möbelhaus in Wuppertal bauen will, freut die Wuppertaler/innen eigentlich eher. Künftig werden sie nicht mehr in andere Städte fahren müssen, um Wohnungen einigermaßen preiswert einzurichten.

Der Haken daran: IKEA will unbedingt ein Geschäftszentrum dazu bauen, in dem Sachen gekauft werden können, die es auch in den Innenstädten Wuppertals und in den Stadtteilen gibt: von Sportartikeln bis zu Lampen und Radio/Fernsehen soll das Sortiment reichen. Dagegen wehrt sich der Einzelhandel in Wuppertal. Wenn Umsätze einbrechen, werden weitere Geschäfte schließen, wird es neue Leerstände in der Stadt geben. Eigentlich will das niemand, aber dennoch will die Stadt IKEA alle Wünsche erfüllen. **Anderer Ansicht ist das Land NRW: Mit einem neuen Regionalplan soll es künftig unmöglich gemacht werden, Einzelhandelszentren außerhalb der Kernstädte auf „die grüne Wiese“ zu setzen und so den innerstädtischen Handel zu schwächen.**

Das wiederum aber wollen der Oberbürgermeister und sein Team nicht. Weshalb in einer Sondersitzung des Rats-Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung und Bauplanung zusammen mit der Bezirksvertretung Oberbarmen am späten Nachmittag vor dem 3. Oktober der Bebauungsplan zugunsten der IKEA-Pläne durchgestimmt wurde. Damit will die Stadt dem Land NRW ein Schnippchen schlagen. Wird Baurecht geschaffen, bevor die Landesplanung verab-

schiedet ist, kann IKEA bauen, ohne noch auf Vorgaben des Landes NRW Rücksicht nehmen zu müssen.

DIE LINKE hat gegen den Bebauungsplan gestimmt. Wir glauben, dass nicht dem Land NRW ein Schnippchen geschlagen wird, sondern der Bevölkerung, die künftig noch weniger Möglichkeiten haben wird, in der Nähe ihrer Wohnungen Waren einzukaufen. Die Stadtteile und Teile der Innenstädte von Elberfeld und Barmen werden neue Leerstände ertragen müssen. **Gute Stadtplanung sieht anders aus.**

DIE LINKE.
im Rat

Impressum:

Herausgegeben von
der Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Wuppertal,
Rathaus, Zimmer 242,
Johannes-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal,
Telefon und Fax: 0202 563-6677
www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de
E-Mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ursula Albel,
Elisabeth August, Dr. Wolfgang Fenner, Jürgen Köster,
Bernhard Sander, Gerd-Peter Zielezinski
Redaktionsschluss: 15. November 2012
Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal
Auflage: 80.000. Die Abgabe erfolgt kostenlos.

der Stadt
Wuppertal